

Telegraphische Anzeiger... 74; Grunstr. 12; ...

Reichstag aufgelöst

Neuwahlen 5. März - Die erste Entkäsung: ein Vierjahresplan

Reichstanzler Hitler und Vizekanzler von Papen waren gestern beim Reichspräsidenten, um ihm über ihre Verhandlungen mit dem Zentrum Bericht zu erstatten. Auf Grund dieses Berichts hat der Reichspräsident folgende Verordnung über die Auflösung des Reichstags erlassen: „Nachdem sich die Bildung einer arbeitstüchtigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, ist es auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf, damit das deutsche Volk durch die Wahl eines neuen Reichstags auf der neu gebildeten Regierung des nationalen Zusammenstufes Stellung nimmt.

Berlin, 1. Februar 1933.

Von Hindenburg.

Gleichzeitig wurde durch eine weitere Verordnung des Reichspräsidenten vom gestrigen Tag der 5. März 1933 als Wahltermin bestimmt.

Die Nationalsozialisten im Preussischen Landtag haben beantragt, den Landtag am kommenden Sonnabend einzuberufen. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung stellen sie den Antrag auf Neuwahlen auch in Preußen. Präsident Brüning hat dem Antrag stattgegeben: es ist wahrscheinlich, daß der Antrag auf Auflösung im Landtag angenommen wird. In diesem Fall würden natürlich auch die Preußenwahlen zusammen mit den Wahlen im Reich am 5. März stattfinden.

Was deutsche Volk wird also in vier Wochen abernials wählen müssen. Es nimmt die Herausforderung an, die in der Verordnung des Reichspräsidenten ihren Ausdruck findet. Nun erhebt sich die Frage: Wird unter dem jetzigen Wahlrecht gewählt werden und zur Wahlrecht gewandelt sein? Von zufälliger Stelle wird erklärt, daß grundsätzliche Änderungen an dem geltenden Wahlrecht nicht beschließen sind, insbesondere nicht eine Herabsetzung des Frauenstimmrechts. Aber Änderungen des Wahlgesetzes werden zugegeben, die dementsprechend sich auf offizieller Formulierung, nur um ganz geringfügige Änderungen handeln können. Näheres hierüber zu erfahren wäre dringend erwünscht.

Was die Wahlfreiheit angeht, so wird offiziell abermals verprochen, daß sie in keiner Weise beeinträchtigt werden würde. Eingeführt würde nur, wenn mit dieser Freiheit Mißbrauch" getrieben würde. Beides sind höchst dehnbare Erklärungen, die alles und nichts bedeuten könnten.

In der Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages wird von einer „neugebildeten Regierung des nationalen Zusammenstufes" gesprochen. In dem an anderer Stelle veröffentlichten Aufsatz über seinen Regierungsjahr die Rede von

den „Novembeparteien“, von den Parteien, die den Zusammenbruch verschuldet hätten“ und anderem mehr. Aber wenn verdammt Hindenburg seine Wiederwahl? Doch nur den „Novembeparteien“! Wer waren denn bei der Reichspräsidentenwahl die Nationalsozialisten? Sie für Hindenburg oder die für Hitler gestimmt haben? Die ehemaligen Wähler des Reichspräsidenten von Hindenburg können es sich denken, von dem Gewählten heute als „nicht national“ bezeichnet zu werden.

Die Rechte der Volksvertretung

Überwachungs-Ausschuss nicht bestehen

Nach der Auflösung des Reichstages gewinnen auch die bis zum Zusammenbruch des Reichstages vorgelegenen beiden händigen Ausschüsse des Reichstages erhebliche Bedeutung. Es handelt sich um den Aussortierten Ausschuss und den Ausschuss zur Wahrnehmung der Rechte der Nation. Dieser letztere Ausschuss, der unter dem Namen „Überwachungs-Ausschuss“ bekannt ist, steht unter dem Vorbehalt des parlamentarischen Reichstages. Die Abgeordneten des Ausschusses sind von dem nationalsozialistischen Reichsinnenminister 71 Mitgliedern.

Ein Aufruf der Regierung

In der gestrigen Kabinettsitzung hat der Reichstanzler dem Reichsabinett einen Aufruf an das deutsche Volk vorgelesen, der vom Kabinett gebilligt und vom Reichstanzler selbst über den Rundfunk verbreitet wurde. In dem umfangreichen Aufruf, aus dem wir die wichtigsten Stellen wiedergeben, heißt es: „Die nationale Regierung will das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft mit zwei großen Vierjahresplänen lösen: Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährung und damit der Lebensgrundlagen der Nation; Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff auf die Arbeitslosigkeit.

In vierzehn Jahren haben die Novembeparteien den deutschen Staat ruiniert, in vierzehn Jahren haben sie eine Armee von Arbeitslosen geschaffen. Die nationale Regierung wird folgende Pläne verwirklichen: Binnen vier Jahren muß der deutsche Arbeiter der Verelendung entzogen sein. Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein.

Gleichlaufend damit ergeben sich die Voraussetzungen für das Aufblühen der übrigen Wirtschaft. Mit der grundlegenden Aufgabe der Sanierung der Landwirtschaft wird die Regierung verbunden die Sanierung von Reich, Ländern und Gemeinden in verwaltungs- und steuerrechtlicher Hinsicht. Den Grund für diese Arbeiten wird die Lösung der Probleme der Arbeitsdienstpflicht und der Siedlungsstelle bilden.“

Der Aufruf beschließt sich dann eingehend mit den sozialen Wünschen, denen sich die neue Regierung verschrieben hat. In der Sparlosigkeit ihrer Verwaltung in der Förderung und Erhaltung des deutschen Bauerntums, in der Stärkung der Initiative des einzelnen Einzelnen die beste Gewähr für die Verwirklichung eines jeden Experiments, das die deutsche Währung gescheitern konnte.

Außenpolitisch steht die neue Regierung ihrer höchsten Mission in der Wahrung der Lebensrechte und der Wiedererreichung der Freiheit des deutschen Volkes. „Indem sie entschlossen ist“, so heißt es weiter, „den chaotischen Zuständen in Deutschland ein Ende zu machen, wird sie sich bemühen, Deutschland als gleichwertiges und damit gleichberechtigtes Mitglied in die Reihe der übrigen Völker einzufügen.“

Die Regierung ist erfüllt von der großen Verantwortung, die sie für die Erhaltung und Befestigung des Friedens eingetretten, dessen die Welt mehr als zuvor bedarf, und sie wünscht auch das Verständnis der anderen für diese Arbeit zu erhalten.

So groß die Liebe zum Vaterland wie das Symbol der großen deutschen Vergangenheit ist, so sehr werde die Regierung jedoch beglückt, wenn die Welt durch ihre praktische Verwirklichung des

rüttungsgebodens eine Verneuerung der deutschen Nation nicht mehr erforderlich machen würde.

„Gut aber“, so heißt es dann in dem Aufruf weiter, „Deutschland diesen Aufstieg erleben, dem jeder bis zu dem entscheidenden Act vorwärts die Unterstützung der kommunalistischen Bewegung zuzuführen.“

Die Kämpfer dieser Regierung sollen unerschrocken für die erhabenen Aufgaben des Kleinrentenplans und des Kleinfestungswirtschafts. Nicht einen Stand lösen wir bei anderer Arbeit vor uns, sondern das deutsche Volk in der Gesamtheit seiner Bürger, Bauern und Arbeiter. Geduld, Energie und guten Willen sind die besten Garantien für den deutschen Volk jeder zur Entscheidung bereit.

Die Regierung appelliert dann zum Schluß in dem Aufruf an das deutsche Volk, diesen Willen der Regierung nach Kräften zu unterstützen, und sie betont noch einmal ausdrücklich, daß sie „arbeiten will und erlitten wird.“ Die Regierung ist entschlossen, in vier Jahren die Schuld von vierzehn Jahren wieder zu zu machen. Der Aufruf schließt dann mit einem nachdrücklichen Appell an das deutsche Volk und mit einem Hinweis auf den „Befehl“, den der Reichspräsident der Regierung Hitler mit seiner Berufung gegeben habe.

— und was dazu zu sagen ist

Diese Kundgebung, die deutlich die Forderung des neuen Regierungsjahres vertritt, mutet an, als sei sie dem Arsenal der nationalsozialistischen Propagandastategie entnommen. Von einer Regierung, die so hochgehende Pläne äußert, darf das deutsche Volk erwarten, daß sie eine der Stände ungeheurer Größe spricht. Das deutsche Volk muß und verlangt, das neue Regierung, die den Aufruf erhebt, das deutsche Volk wieder zu gewährleisten. Günstig zu bringen, sich mit ihrem Kundgebungen auf eine höhere Stufe stellt, und sich nicht auf ein Niveau begibt, das vielleicht für Parteiverfammlungen im Sportplatz passen würde.

Was wir gestern vernommen und gehört haben, ist eine Partei-Erklärung vom reinen Besser, genau wie diese Regierung zunächst eine Parteiregierung ist, die Regierung einer Minderheit von zwei Parteien, die nun gewonnen hat, an das Volk zu appellieren, weil für ihre Politik eine verfassungsmäßige Mehrheit nicht vorhanden ist.

Aus dem Aufruf möchten wir für heute nur zwei entscheidende Punkte herausheben: Reichstanzler Hitler bringt einmal von vierzehn Jahren, das andere Mal von seiner Diktatur auf die „Novembeparteien“, die Reich und Staat gerettet haben, als diejenigen, die heute den Monopolanspruch auf das Wort „national“ erheben, sich in die Mauerlächer verdrängen haben. Die vier Jahre, die nun kommen, sollen nach dem Willen Hitlers auf das Regime der neuen Regierung entfallen, die offenbar vor Ablauf dieser Zeit die Macht nicht aus der Hand zu

Kriegsbilder ... keine zum Erheben ...